

I. Vorlage

Beratungsfolge - Gremium	Termin	Status
Stadtrat	21.03.2018	öffentlich - Beschluss

"Fürth Für Alle" - Aktionsplan Inklusion

Aktenzeichen / Geschäftszeichen	
<p>Anlagen:</p> <p>1 Aktionsplan Inklusion „Fürth Für Alle“</p> <p>2 Maßnahmenliste Stadt Fürth mit Zuständigkeiten (77)</p> <p>3 Maßnahmenliste (alle)</p> <p>4 Priorisierung der Maßnahmen-Erläuterungen</p>	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat begrüßt den vorgelegten Aktionsplan Inklusion „Fürth Für Alle“.

Die Verwaltung wird beauftragt einen Sachstandsbericht zu erstellen, Vorschläge und einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen, sofern dies mit den Fachreferaten abgestimmt ist, und Handlungsempfehlungen zu entwickeln sowie gegebenenfalls, im Rahmen der Möglichkeiten, die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Die Verwaltung berichtet einmal jährlich im Stadtrat über den Stand der Umsetzung.

Sachverhalt:

In Deutschland ist die **UN-Behindertenrechtskonvention** im März 2009 in Kraft getreten, ein Übereinkommen, mit dem erstmalig die allgemeinen Menschenrechte aus der besonderen Perspektive von Menschen mit Behinderungen verbindlich anerkannt werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet in **Artikel 9 Absatz 1** ihre Unterzeichnerstaaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen den Zugang zur physischen Umwelt (zu Transportmitteln, zu Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen) sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offen stehen oder für sie bereit gestellt werden, zu gewährleisten. Die dazu erforderlichen Maßnahmen schließen nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 der UN-Behindertenrechtskonvention die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und Zugangsbarrieren ein.

Inklusion schafft keine Sonderrechte, sondern konkretisiert und spezifiziert die universellen Menschenrechte aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen vor dem Hintergrund ihrer Lebenslagen. Diesem Aspekt trägt der **Aktionsplan Inklusion** in der Stadt Fürth Rechnung. Er deckt auf, durch welche Maßnahmen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in bestimmten Bereichen in der Stadt Fürth optimiert werden kann - und muss. Dabei war - und ist auch weiterhin - eine umfängliche Partizipation im Planungs- und Entstehungsprozess unumgänglich, um die erarbeiteten Handlungsempfehlungen so lebensnah wie möglich zu gestalten und mit breitem Rückhalt in den zuständigen Gremien und Gruppen zu formulieren.

In der Stadt Fürth wurden in einem Kooperationsprojekt unter der Trägerschaft der Lebenshilfe Fürth e.V. in den Planungs- und Entstehungsprozess des Aktionsplans Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, Vertreter/Innen aus Politik, der Verwaltung, Sozialverbände sowie weitere interessierte Bürger/Innen einbezogen.

Das Kooperationsprojekt „Fürth Für Alle“ unterteilte sich in zwei Phasen: In der **Vorplanungsphase** (März bis August 2016) wurden alle wichtigen Personen und Organisationen der Stadt Fürth für die Erstellung des Aktionsplans zusammengebracht. Diese haben acht Handlungsfelder herausgearbeitet. Diese Handlungsfelder sind für die Umsetzung von Inklusion wichtige Bereiche und Themen.

Im **Hauptprojekt**, das mit der Abschlusskonferenz am 02.03.2018 endete, wurden diese Handlungsfelder in einem beteiligungsorientierten Prozess in verschiedenen Vernetzungsforen diskutiert. In diesem Diskussionsprozess mit allen Akteuren wurden so über **120 Maßnahmen und Handlungsempfehlungen formuliert (77 Maßnahmen und Handlungsempfehlungen betreffen die Verwaltung der Stadt Fürth)**, die das Ziel einer inklusiven Gesellschaft in der Stadt forcieren. Der beteiligungsorientierte Prozess trägt dazu bei, dass die Zielgruppen und Organisationen ihre Interessen artikulieren und durchsetzen können ([Empowerment](#)). Partizipation bedeutet auch, dass Menschen ihre Erfahrungen und Wertvorstellungen in die gemeinsame Arbeit einbringen.

Die verantwortlichen Akteure waren eine Steuerungsgruppe und ein Begleitgremium sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger, die insbesondere bei der Auftakt- und Abschlussveranstaltung beteiligt waren. Zusätzlich wurden konkrete Befragungen von Menschen mit Behinderung und von Eltern mit Kindern mit besonderem Förderbedarf durchgeführt.

Zu 8 Handlungsfeldern wurden in sog. Vernetzungsforen Maßnahmen und Handlungsempfehlungen entwickelt, die in der Schlusskonferenz nochmals thematisiert, ergänzt und priorisiert wurden. Die Handlungsfelder sind im Einzelnen:

Arbeit,
Assistenz und Persönliches Budget,
Barrierefreiheit,
Bildung,
Freizeit, Kultur und Sport,
Gesundheit,
Politische Teilhabe und
Wohnen.

In den Anlagen sind die Maßnahmen und Handlungsempfehlungen einmal nach Handlungsfeldern und Prioritäten (alle) sowie nach Maßnahmen Stadt Fürth mit den jeweiligen Zuständigkeiten dargestellt.

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten	€		€
Veranschlagung im Haushalt			

Beschlussvorlage

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Hst.	Budget-Nr.	im	<input type="checkbox"/> Vwhh	<input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:						

Beteiligungen

- II. BMPA / SD zur Versendung mit der Tagesordnung
- III. Beschluss zurück an **Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten**

Fürth, 22.03.2018

gez. Reichert

Unterschrift der Referentin bzw.
des Referenten

Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten Vogelreuther, Michaela	Telefon: (0911) 974-1760
---	-----------------------------

Folgende Beratungsergebnisse sind vorhanden:

Ergebnis aus der Sitzung: Stadtrat am 21.03.2018

Protokollnotiz:

Beschluss:

Der Stadtrat begrüßt den vorgelegten Aktionsplan Inklusion „Fürth Für Alle“.

Die Verwaltung wird beauftragt einen Sachstandsbericht zu erstellen, Vorschläge und einen Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahmen, sofern dies mit den Fachreferaten abgestimmt ist, und Handlungsempfehlungen zu entwickeln sowie gegebenenfalls, im Rahmen der Möglichkeiten, die erforderlichen Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Die Verwaltung berichtet einmal jährlich im Stadtrat über den Stand der Umsetzung.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Ja: 46 Nein: 0 Anwesend: 46